

20. Sitzung des Bezirksausschusses

N i e d e r s c h r i f t

über die 20. Sitzung des Bezirksausschusses
am Donnerstag, den 12.10.2017
in der Bezirksverwaltung, Raum Donau, 7. Stock, Hafnerberg 10, 86152 Augsburg

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung des öffentlichen Protokolls der 19. Sitzung des Bezirksausschusses vom 13.07.2017
2. Förderung der Umweltbildung im Bezirk Schwaben
3. Haushalt des Bezirks Schwaben 2017;
Bericht zur Haushaltsabwicklung (Stand: 30.09.2017)
4. Beteiligungsbericht 2016
5. Liegenschaften Kaufbeuren
Forstliches Wegebauprojekt Höllweg Bickenried
6. Liegenschaftsverwaltung Günzburg
Erbbaurecht ARBE-Psychosoziale Hilfsgemeinschaft e. V. - Urkunde
7. Genehmigung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
8. Bekanntgaben und Verschiedenes

Dauer von 09:30 - 10:55 Uhr

Anwesende:

Bezirkstagspräsident:
Jürgen Reichert

Bezirksräte/Bezirksrätinnen:
Wolfgang Böhner
Manfred Buhl
Johann Fleschhut
Kirsi Hofmeister-Streit

Dr. Johann Popp
Herbert Pressl
Edgar Rölz
Martin Sailer

Protokollführung:
Daniela Englisch

Ferner waren – zum Teil zeitweise – anwesend:

Direktor der Bezirksverwaltung Dr. Bruckmeir
Bezirkskämmerer Seitz
Ltd. Verwaltungsdirektorin Kreibich
Vorstandsvorsitzender Düll, Bezirkskliniken Schwaben
Verwaltungsrat Brehm
Verwaltungsrat Siebenhütter
Frau Baur, Beteiligungsmanagement
Herr Smekal, Rechnungsprüfungsamt
Frau Böllinger, Pressereferentin

Entschuldigt:

Stellvertretender Bezirkstagspräsident:
Alfons Weber

Bezirkstagspräsident Reichert eröffnet um 9.30 Uhr die 20. Sitzung des Bezirksausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben. Vertreter der Presse sind im öffentlichen Teil der Sitzung nicht anwesend.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Genehmigung des öffentlichen Protokolls der 19. Sitzung des Bezirksausschusses vom 13.07.2017

Der öffentliche Teil des Protokolls der 19. Sitzung des Bezirksausschusses vom 13.07.2017 wurde den Mitgliedern des Bezirksausschusses fristgerecht übersandt. Einwendungen werden nicht erhoben.

Die Mitglieder des Bezirksausschusses fassen folgenden **Beschluss:**
Der öffentliche Teil des Protokolls der 19. Sitzung des Bezirksausschusses vom 13.07.2017 wird genehmigt.

- Abstimmungsergebnis: (einstimmig) - 8 : 0
(Bezirksrat Fleschhut ist bei der Abstimmung nicht anwesend).

TOP 2 Förderung der Umweltbildung im Bezirk Schwaben

Auf die schriftlich übersandte Sitzungsvorlage nebst Anlagen wird verwiesen.

Bezirkstagspräsident Reichert trägt den Sachverhalt vor und ergänzt, dass sich auf der Grundlage eines Antrages der Fraktionsgemeinschaft Grüne/ÖDP die übrigen Fraktionen bereit erklärt haben, dem Anliegen eines besseren Engagements im Umweltbereich näher zu treten. Aus dem gebildeten Arbeitskreis gingen jedoch keine übereinstimmenden Meinungen hervor, so dass er folgenden Vorschlag unterbreiten möchte: Dem Bezirk obliegen verschiedene Querschnittsaufgaben, wie Jugendarbeit und politische Bildung. Es würde sich anbieten, in Kooperation mit Schulen verschiedene Umweltprojekte auszuloten, die dann von einer Jury mit einem Umweltpreis ausgezeichnet werden könnten. Somit wäre der Bezirk vor Ort präsen-ter. Die genaue Formulierung und der genaue Ablauf könnte im Arbeitskreis erarbeitet werden. Die Unterstützung der Umweltstationen halte er für weniger sinnvoll, da diese bereits finanziert werden und der Bezirk zu wenig Mitwirkung in diesem Bereich habe.

Bezirksrätin Hofmeister-Streit stellt deutlich klar, dass die gute, hochprofessionelle Arbeit im Umweltbereich, die die Umweltstationen leisten, weiter gefördert werden sollte. Insbesondere die innovativen Projekte, die nach Auslaufen der Förderperiode nicht mehr förderwürdig sind. Mit diesem Vorschlag gehe man nicht in den Bereich der Co-Finanzierung und könne unbürokratisch einen Zuschuss gewähren, da die Umweltstationen strenge Kriterien erfüllen müssen. Ansinnen des Antrags war die ungleichmäßige Förderung im Umweltbereich, die der Bezirk jetzt vornimmt, für das mooseum, für Roggenburg und die Jubi Babenhausen. Die Verwaltung muss sich unter Zugrundelegung des Gleichbehandlungsgrundsatzes fragen lassen, unter Zugrundelegung welcher Kriterien sie hier fördert. Das Argument, dass die Förderung nicht sichtbar wäre, muss zurückgewiesen werden: unter Zugrundelegung des Antrags werden gute Projekte gefördert, wie Energiedetektive, Klimaschützer u.a. die sonst aus Sicht des Umweltministeriums „eingestampft“ werden müssten.

Der Bezirk fördert das Ehrenamt, die Umweltstationen arbeiten ehrenamtlich und leiden darunter, dass sie Strukturen aufrechterhalten müssen, die nicht refinanziert werden. Angesichts dessen, sei es schade, dass der Antrag in der Arbeitsgruppe klein geredet werde. Aus dem Treffen konnte das Begehren mitgenommen werden, den Kreis der Zuwendungsempfänger weiter auszudehnen, auch auf die Umweltbildner in der Region. Dem stehe sie offen gegenüber. Dazu wurde vereinbart, zusätzliche Haushaltsmittel einzustellen. Dem Alternativvorschlag halte sie entgegen, dass der Bezirk Aufgaben des Kultusministeriums übernehmen würde, welches die Umweltbildner an den Schulen bereits fördere. Damit habe der Bezirk nichts zu tun.

Sie bittet darum, auf den im letzten Jahr gefassten Beschluss zurückzukommen, unbürokratisch professionell durchgeführte, innovative Projekte im Bereich der Umweltbildung zu fördern.

Bezirkstagspräsident Reichert stellt klar, dass die Verwaltung nicht entscheiden könne, wer Zuschüsse bekomme, sondern nur die gefassten Beschlüsse vollziehe. Bei Roggenburg und der Jubi Babenhausen handle es sich zudem um eigene Einrichtungen, an denen der Bezirk unmittelbar beteiligt sei. Ebenso sei der Bezirk am mooseum mitbeteiligt.

Aus einer intensiven Diskussion geht mehrheitlich hervor, dass eine Unterstützung der Umweltstationen nicht für sinnvoll erachtet werde, diese aber nicht komplett ausgeschlossen werden müssten. Eine Kombination wäre durchaus denkbar, zum einen könnte die Kooperation mit den Schulen und Verleihung eines Umweltpreises ausgearbeitet werden, aber auch Projekte von Umweltstationen könnten sich bewerben. Hauptaugenmerk sollte sein, dass keine institutionelle Förderung, sondern eine projektbezogene Förderung gegeben wird. Die

genaue Formulierung und die Zielsetzung sollten im Arbeitskreis thematisiert und erarbeitet werden.

Die Mitglieder des Bezirksausschusses fassen folgenden **Beschluss:**

Der Entwurf der „Richtlinien des Bezirks Schwaben zur Förderung der Umweltbildung“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Vertreter der Fraktionen werden gebeten, in einem erneuten Arbeitskreis die endgültige Fassung unter Beachtung der genannten Vorschläge zu beschließen und dem Bezirksausschuss in einer der nächsten Sitzungen zur Kenntnis zu geben.

- Abstimmungsergebnis: (einstimmig) - 9 : 0

TOP 3 Haushalt des Bezirks Schwaben 2017; Bericht zur Haushaltsabwicklung (Stand: 30.09.2017)

Auf die schriftlich übersandte Sitzungsvorlage nebst Anlage wird verwiesen.

Bezirkstagspräsident Reichert informiert über das Treffen der Kommunalen Spitzenverbände hinsichtlich des kommunalen Finanzausgleichs vom 09.10.2017. Drei Spitzenverbände haben sich für eine Verteilung der sog. Ländermilliarde aus den Bundesmilliarden über die Schlüsselzuweisungen ausgesprochen, der Bezirkstag war anderer Meinung. Bereits im Hauptausschuss wurde thematisiert, dass die 5 Mrd. Euro dem Aufwandsträger zustehen würden. Schwaben bekomme zwar faktisch im Jahr 2018 34 Mio. Euro mehr aufgrund der Steuerkraft, die knapp 22 Mio. Euro aus der Bundesmilliarde werden jedoch auf die Schlüsselzuweisungen aufgeteilt. Somit sei es letztendlich ein unbefriedigendes Ergebnis für den Bezirk Schwaben.

Ein weiteres Thema war die Übernahme der ambulanten Hilfe zur Pflege. Die genannten Zahlen erschienen relativ hoch, so dass diese nochmals geprüft werden müssen. Tendenziell kommen auf den Bezirk ca. 12 Mio. Euro an weiteren Ausgaben zu. Zwischenzeitlich sei das Pflegestärkungsgesetz in Kraft getreten, was nochmals motiviert, die entsprechende Hilfe in Anspruch zu nehmen. Im Grunde entlaste der Bezirk damit die Kommunen, was schwerpunktmäßig der Stadt Augsburg zu Gute komme.

Die langjährige Forderung des Bezirks, an der Schlüsselmasse beteiligt zu werden, werde aufrechterhalten. Jedoch könne mit der Unterstützung der übrigen Spitzenverbände nicht gerechnet werden.

Bezirkskämmerer Seitz gibt einen Ausblick auf den Haushalt 2018 und auf den aktuellen Stand 2017 wie folgt:

In den letzten vier Jahren wurde die Art. 15 FAG-Ausgleichsmasse bedauerlicherweise nicht angepasst. Jetzt sei es gelungen, diese um 42,9 Mio. Euro auf 691,5 Mio. Euro zu erhöhen. Die zu verteilende Masse sei in 2018 knapp 7 % größer. Prozentual gesehen müsste der Bezirk etwa 7 Mio. Euro mehr bekommen, beim derzeitigen Niveau von 120 Mio. Euro. Die 22 Mio. Euro aus der Ländermilliarde kommen wie ausgeführt nicht beim Bezirk an. Er unterstreiche, dass insgesamt 5 Mrd. Euro, die der Bund zur Dämpfung der Kosten der Eingliederungshilfe ausgereicht hat, an den Bezirken vollständig vorbeigehen und den Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden zu Gute kommen. Im Frühjahr wurde mitgeteilt, dass der Bezirk wohl mit 7,7 % Umlagekraftsteigerung rechnen könne, diese Zahl sei derzeit noch nicht bestätigt. Das Ergebnis komme wohl Ende Oktober. Die Steuereinnahmehzahlen, die derzeit vorliegen, rechtfertigen diese Prognose im Wesentlichen durch die Stadt Augsburg,

die 2016 einen erheblichen Gewerbesteuerzuwachs erfahren habe. Bei den 7,7 % wären es für den Bezirk 34 Mio. Euro mehr, die bei unverändertem Hebesatz eingenommen werden würden.

Auf der Ausgabenseite ist die Verlagerung der Zuständigkeit für die ambulante Hilfe zur Pflege zu nennen. Insgesamt wurden die Kosten hierfür mit knapp 12 Mio. Euro veranschlagt. Im Übrigen wurde bei der Hilfe zur Pflege eine Steigerung von über 4 Mio. Euro verzeichnet, die Tarif- und Fallmehrunge summiert sich bei der Eingliederungshilfe auf über 21 Mio. Euro, die Steigerung bei der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung beläuft sich auf je 1 Mio. Euro, wobei die Grundsicherung zu 100 % ausgeglichen wird. Bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen wird im Vergleich zum Ansatz 2017 auf der Ausgabenseite 26 Mio. Euro weniger veranschlagt, da die Zahlen deutlich nach unten gingen. Die unsichere Komponente in diesem Bereich sei, dass noch Altfälle vorliegen. Die momentane Verteilungs- und Kostenrechnungsstruktur war damals nicht gültig und lief über das Bundesverwaltungsamt. Es gebe Prognosen für den Bezirk für eine Nachzahlung von 12,4 Mio. Euro. Die Rechnung konnte rechnerisch durchaus nachvollzogen, jedoch könne die Richtigkeit der übermittelten Zahlen an sich nicht bestätigt werden. Es muss damit gerechnet werden, dass der Bezirk im Jahr 2018 entsprechend belastet werde, was im Haushalt zu berücksichtigen ist.

Bezirkstagspräsident Reichert gibt zu bedenken, dass nach dieser Rechnung z.B. der Bezirk Oberpfalz 40 Mio. Euro zu viel aufgewendet habe und der Bezirk Oberbayern 60 Mio. Euro zu wenig. Aus Aussagen der Verwaltungen ging hervor, dass Oberbayern weniger Flüchtlinge zu verzeichnen hatte als Oberpfalz. Eine solche Rechnung könne jedoch nicht einfach akzeptiert werden, da die Zahlen inhaltlich nicht nachvollziehbar seien. Somit müsste eine Prüfung durch einen Dritten stattfinden und der Freistaat Bayern an den Kosten mit beteiligt werden. Die weitere Frage wäre, sollte sich der Freistaat nicht beteiligen, wie die Bezirke solidarisch damit umgehen.

In den Fraktionen müsste darüber beraten werden, ob der Betrag in den Haushalt eingestellt werden sollte, wobei er inzwischen zu der Auffassung des Bezirkskämmerers neige.

Bezirkskämmerer Seitz führt weiter aus, dass neben den bisher genannten Posten auch eigene Personalkostenmehrunge zu verzeichnen wären. Die Besoldung der Beamten würde im nächsten Jahr angepasst, auch von einer Tarifsteigerung von 2,5 % wird ausgegangen. Noch nicht eingerechnet wurde der restliche Haushalt, also ca. 5 % des Verwaltungshaushalts, ebenso die Abgleiche der Unterabschnitte und der anstehenden Investitionen. Vorbehaltlich dieser offenen Maßgaben und der dargestellten Unwägbarkeiten liege ein nahezu ausgeglichener Haushalt vor.

Beim Haushalt 2017 gab es im Vergleich zum letzten Stand keine größeren Abweichungen. Auf S. 2 „Soziale Sicherung“ seien bei der Heimerziehung 0,4 % Einnahmen und Ausgaben von 36 % aufgeführt. Dies liege daran, dass die örtlichen Träger der Jugendhilfe abgerechnet haben, jedoch vom Bezirk noch keine Kostenerstattung durch den Freistaat eingefordert wurde.

Die Mitglieder nehmen hiervon Kenntnis.

TOP 4 Beteiligungsbericht 2016

Auf die schriftlich übersandte Sitzungsvorlage und den Beteiligungsbericht wird verwiesen.

Frau Baur merkt an, dass es keine wesentlichen Änderungen zum Vorjahr gebe. Als einziges sei die GBW AG nicht mehr aufgeführt, da der Bezirk im Rahmen eines Squeezeout als Kleinaktionär ausgeschieden ist. Auf Wunsch wurde der Beteiligungsbericht als pdf bereitgestellt.

Bezirkstagspräsident Reichert schlägt vor, in einer der nächsten Bezirkstagsitzungen Herrn Liebert als Vertreter des Bezirks Schwaben im Aufsichtsrat der Thüringer Handwerksbau AG zur Berichterstattung einzuladen.

Die Mitglieder nehmen hiervon Kenntnis.

TOP 5 Liegenschaften Kaufbeuren Forstliches Wegebauprojekt Höllweg Bickenried

Auf die schriftlich übersandte Sitzungsvorlage nebst Anlage wird verwiesen.

Bezirkskämmerer Seitz trägt den Sachverhalt vor und erläutert detailliert die beigefügte Skizze.

Bezirksrätin Hofmeister-Streit möchte sich keiner sinnvollen Waldbewirtschaftung verschließen, jedoch sei aus ihrer Sicht der vorgeschlagene Weg eindeutig überdimensioniert und eine südliche Erschließung durch den Wald weitaus kostengünstiger und zweckmäßiger. Es mache keinen Sinn, über landwirtschaftlich genutzte Flächen Holz aus dem Wald zu holen. Vielmehr sollte der Vorteil genutzt werden, rechts und links vom Weg Rückegassen zu nutzen. Sie nehme Bezug auf die im Vorfeld schriftlich übersandten Fragen und fragt nach, wie hoch die Reparaturkosten sich in der Vergangenheit belaufen haben und ob das Einverständnis des Wanderverbands vorliegt.

Bezirkskämmerer Seitz teilt mit, dass im letzten und im laufenden Jahr kaum Investitionen in dem Bereich vorgenommen wurden, da mit der größeren Baumaßnahme zu rechnen war, im Jahr zuvor in einer Größenordnung von etwa 5.000,-- Euro. Mit dem Wanderverband habe er nicht gesprochen, er unterstelle jedoch ein Einverständnis, da der Wanderweg deutlich entlastet werde. Eine Abstimmung mit dem Forst und dem betreffenden Landwirt liege vor. Die anderen Fachbehörden haben ebenfalls dem Vorschlag zugestimmt. Die Alternative gehe vom Geländeprofil nicht, da es sich um eine Hanglage handle.

Die Mitglieder des Bezirksausschusses fassen folgenden **Beschluss**:
Der Bezirksausschuss stimmt der Durchführung des dargestellten forstlichen Wegebauprojekts Höllweg Bickenried mit einem Gesamtvolumen von rund 132.000 € zu.

- Abstimmungsergebnis: 8 : 1
(Gegenstimme: Bezirksrätin Hofmeister-Streit)

TOP 6 Liegenschaftsverwaltung Günzburg Erbbaurecht ARBE-Psychosoziale Hilfgemeinschaft e. V. - Urkunde

Auf die schriftlich übersandte Sitzungsvorlage nebst Anlage wird verwiesen.

Frau Baur trägt den Sachverhalt vor.

Die Mitglieder des Bezirksausschusses fassen folgenden **Beschluss:**
Der Bezirksausschuss nimmt von der Urkunde Nr. W 1735 /2017 vom 31.08.2017 des Notars Martin Wachter, Günzburg, Kenntnis und genehmigt den Inhalt in allen Teilen.

- Abstimmungsergebnis: (einstimmig) - 9 : 0

TOP 7 Genehmigung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen

Auf die schriftlich übersandte Sitzungsvorlage nebst Anlagen wird verwiesen.

Bezirkskämmerer Seitz trägt den Sachverhalt vor.

Die Mitglieder des Bezirksausschusses fassen folgenden **Beschluss:**
Von der Annahme der Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen wird Kenntnis genommen. Der Spendenliste wird zugestimmt.

- Abstimmungsergebnis: (einstimmig) - 8 : 0

TOP 8 Bekanntgaben und Verschiedenes

Bezirksrat Sailer bedankt sich namens der CSU-Fraktion bei den Kollegen und Beschäftigten der Verwaltung für die gute Organisation der dreitägigen Bezirksfahrt.

Die Mitglieder des Bezirksausschusses nehmen hiervon Kenntnis.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, folgt der nichtöffentliche Teil der Sitzung. Abschließend dankt der Vorsitzende den Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt um 10:55 Uhr den öffentlichen Teil der 20. Sitzung des Bezirksausschusses.

Augsburg, den 12.10.2017

gez.
Jürgen Reichert
Bezirkstagspräsident

gez.
Daniela Englisch
Verwaltungsfachwirtin